

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Menschenrechtsverletzungen in Kashmir

Heftige Reaktionen seitens der indischen Regierung hat der im Januar veröffentlichte Bericht von Amnesty International (ai) ausgelöst, in dem der starke Anstieg von Menschenrechtsverletzungen im nördlichen Bundesstaat Jammu und Kaschmir seit 1992 beklagt wird. In dem Bericht werden über 700 Todesfälle in Polizeigewahrsam dokumentiert. Eine Reihe der Opfer seien noch am Tage ihrer Verhaftung verstorben, viele von ihnen wiesen deutliche Folterspuren auf, heißt es in dem Bericht. In dem Amnesty-Dokument mit dem Titel "Indien: Folterungen und Todesfälle in Polizeigewahrsam in Jammu und Kaschmir" wird der Regierung in Delhi mangelnder Wille bei der Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen sowie die Deckung der Folterer vorgeworfen. Dazu käme es, weil die Regierung in den offiziellen Versionen viele der Todesfälle auf Gefechte zwischen Sicherheitskräften und 'Terroristen' zurückführe.

Der auf Berichten und Aussagen von Opfern, Augenzeugen, Ärzten und Menschenrechtsaktivisten beruhende Report, enthält auch ein Kapitel über Menschenrechtsverletzungen, die von den verschiedenen in Jammu und Kaschmir tätigen Extremistengruppen begangen werden. Zu den gängigsten, von Polizei und den Streitkräften verwendeten Foltermethoden zur Erpressung von Geständnissen gehören, so der Bericht, "Schläge, Verbrennungen, Elektroschocks und das Auskugeln von Gelenken." Gefangene würden an den Füßen aufgehängt oder verkrüppelt, indem mit schweren Gewichten ihre Beinmuskulatur und -knochen zermalmt würden. Immer wieder führten die Folterungen und Mißhandlungen bei den Opfern zu schwerem Nierenversagen.

Eines der wichtigsten Mittel der Sicherheitskräfte, die lokale Bevölkerung einzuschüchtern und 'Sympathisanten' der 'Terroristen' zu 'bestrafen', sind nach den Erkenntnissen von ai Vergewaltigungen. In einem von ai aufgeführten Fall wurden in dem Dorf Shopian im

Oktober 1992 neun Frauen und Mädchen vergewaltigt. Trotz der nach Amnesty Informationen vorliegenden medizinischen Beweise für diese Gruppenvergewaltigung spreche die Regierung von Propaganda, die nur dem Ansehen der Sicherheitskräfte schaden soll. Die Regierung beruft sich bei dieser Einschätzung auf ein Team des indischen Presserates, das den Vorfall untersucht hat und dabei zu dem Ergebnis kam, die medizinischen Beweise seien "wertlos" und die Aussagen der Frauen zu widersprüchlich, als das man ihnen große Bedeutung beimessen könne.

Den massiven Einsatz von Polizei- und Militärkräften in Kashmir rechtfertigt die Regierung mit der Bedrohung durch von Pakistan unterstützte Terroristen. Für die Aktionen der Sicherheitskräfte müsse man, so impliziert die offizielle Haltung, doch angesichts der beständigen Bedrohungen, denen Vertreter des indischen Staates durch die bewaffneten Extremisten ausgesetzt seien, Verständnis aufbringen. Dabei seien die meisten Berichte übertrieben, die von Amnesty aufgeführten Todesfälle auf Gefechte mit den Sicherheitskräften zurückzuführen und in den wenigen Fällen, in denen sich Soldaten oder Polizisten tatsächlich falsch verhalten hätten, seien diese Vergehen untersucht und geahndet worden. Als Beleg für die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen, Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte zu unterbinden, ist der Antwort der Regierung auf den Amnesty-Bericht eine Liste von Vergehen der Sicherheitskräfte beigefügt, die verfolgt und geahndet worden seien. In keinem dieser Fälle betrug das Strafmaß jedoch mehr als ein Jahr Gefängnis.

Die Regierung verweist darüber hinaus auf die Schaffung der 'Nationalen Menschenrechtskommission', welche die Aufgabe hat, Vorwürfen und Klagen über Menschenrechtsverletzungen nachzugehen. Während ai die Schaffung dieser Kommission als wichtigen Schritt begrüßt, weist die Organisation gleichzeitig auf deren begrenzte Befugnisse hin. Danach kann die

Kommission zum Beispiel Anschuldigungen aus Jammu und Kaschmir nicht direkt nachgehen, sondern muß dazu die offiziellen Berichte von der Regierung anfordern. Der Vorsitzende der Kommission Mishra unterstützt die Forderung von ai nach direktem Zugang zu Kashmir, um sich direkt ein Bild von der dortigen Situation machen zu können. Eine Forderung, die bisher immer wieder von der Regierung und dem Innenministerium abgelehnt wurde.

Militärisches Kräftenessen um Grabmal in Kashmir

Chrar e Sharif, eine kleine Stadt in der Nähe von Srinagar, ist seit Anfang März der Schauplatz eines erneuten Kräftenessens der indischen Armee mit kashmirischen Guerillakämpfern, einer Wiederholung der Konfrontation um die 'Hazratbal'-Moschee (siehe 'Südasiens', 8/93) haben schwerbewaffnete moslemische Guerillakämpfer unter Führung des afghanischen Kriegsveteranen Major Mastgul das Grabmal des als Heiligen verehrten 'Sheikh Nooruddin Wali' besetzt, worauf die indische Armee die ganze Stadt hermetisch abgeriegelt hat. Nach Polizeiangaben haben die zu diesem Zweck eingesetzten Sicherheitskräfte in der ersten Aprilwoche eine Stärke von über 10.000 Mann erreicht, es kommt zu regelmäßigen Schußwechseln zwischen den Regierungstruppen und den Rebellen. Täglich verlassen mehr Menschen die Stadt - es sollen inzwischen mehr als 25.000 sein - aus Furcht, die indischen Sicherheitstruppen könnten einen Versuch unternehmen, die Stadt zu stürmen.

Während es offenbar unklar ist, wie es zu dieser Situation überhaupt kommen konnte, bedeutet die Belagerung der 38.000 Einwohner zählenden Kleinstadt durch Polizei und Armee einen schweren Rückschlag für die Bemühungen der indischen Zentralregierung, den Friedensprozeß im Kaschmirtal zu fördern, der im Frühjahr 1994 mit der Haftentlassung einer Reihe von führenden Persönlichkeiten der Unabhängigkeitsbewegung begonnen

hatte (siehe 'Südasiens', 6/94). Nach dem im Juli zu Ende gehenden Ausnahmezustand, durch den Kashmir direkt der Zentralregierung unterstellt war ("presidents rule"), sollten nach dem Willen der Regierung in Delhi im Juli Wahlen in Kashmir stattfinden - Wahlen, die von Yasin Malik und anderen Führern der Unabhängigkeitsbewegung solange strikt abgelehnt werden, wie sie unter indischer Aufsicht stattfinden werden.

Unterdessen ist ein Ende der Belagerung von Char e Sharif nicht abzusehen. Die Armee beschränkt sich darauf, den Ring um die Stadt immer enger zu ziehen, schreckt jedoch vor ihrer Erstürmung zurück, um Verluste unter Zivilisten zu vermeiden. Diese sind es, die am schwersten von einer solchen Auseinandersetzung betroffen sind: zu Beginn der landwirtschaftlichen Saison, wenn eigentlich die Felder bestellt werden müßten, sind sie entweder dazu verdammt, in der hermetisch abgeriegelten Stadt oder in den von der Regierung eingerichteten Flüchtlingslagern auf ein Ende der Belagerung zu warten.

Widerstand gegen NSCN

Ein Aktionskomitee von LKW- und Fernfahrern im Bundesstaat Manipur entschied, sich den Forderungen des 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN) zu widersetzen. Das NSCN fordert die Zahlung von 'Straßenbenutzungsgebühren'. Nach Angaben des Aktionskomitees hat der NSCN auf dem 'National Highway 39' (Imphal-Dimapur) etwa 50 Millionen Rupien pro Jahr an 'Steuern' kassiert. Die erneuten Forderungen des NSCN in Höhe von 10.000 bis 15.000 Rupien pro LKW und Jahr halten die Fahrer und Unternehmer nicht mehr für tragbar. Seit Januar befinden sie sich daher im Streik und weigern sich, auf den 'National Highways' 39 und 53 Fracht zu befördern. Mit ihrem Streik wollen die Trucker ihrer Forderung nach Gesprächen zwischen den Landesregierungen Manipurs und Nagalands sowie der Zentralregierung in Delhi Nachdruck verleihen. Solche Gespräche werden von 'Chief'-Minister Rishang Keishing in Manipur mit dem Hinweis abgelehnt, seine Regierung sei in der Lage, den Transporteuren ausreichenden Schutz vor Übergriffen des NSCN zu gewähren. Darüberhinaus, so Keishing, könnten die 'Steuereintreibungen' durch das NSCN nicht vollständig verhindert, sondern

allenfalls reduziert werden. Eine Haltung, die ihm von den streikenden Fahrern den Vorwurf einbrachte, mit dem NSCN "unter einer Decke zu stecken". Der über einen Monat andauernde Streik, der die gesamte Versorgung Manipurs zum Erliegen brachte, muß wohl vor allem auch in Zusammenhang mit den anstehenden Parlamentswahlen in Manipur gesehen werden. Während die regierende 'Congress'-Partei der Opposition vorwirft, die Transportgewerkschaften zu kontrollieren und den Streik als Wahlkampfmittel gegen die amtierende Regierung zu mißbrauchen, wird diese von der Opposition aufgrund ihrer Haltung im Streik als 'anti-national' und NSCN-freundlich kritisiert

PWG-Mitbegründer entlassen

Zum Tag der Republik wurde im Januar der Begründer und langjährige Führer der 'Peoples War Group', Kondapalli Seetharamaiah, aus der Haft entlassen. Der 76-jährige, allgemein "KS" genannt, war zu seiner Zeit der meistgesuchte Naxalitenführer. Auf seine Ergreifung war eine Belohnung von 1,2 Millionen Rupien ausgesetzt. Als 16-jähriger schloß er sich den indischen Kommunisten an, deren Haltung ihm jedoch schon bald nicht mehr radikal genug erschien. 1969 trat er der 'Communist Party of India' (ML) unter Charu Mazumdar bei und übernahm dessen radikale Linie: die "Eliminierung der Klassenfeinde". Seine extremistische Gruppierung, die sich diesem Ziel verschrieben hatte, nannte er 1981 'Peoples War Group'. Unter seiner Führung dehnte die PWG ihre Aktivitäten seit 1984 über ihr wichtigstes Einflußgebiet, den Bundesstaat Andhra Pradesh, auch auf Nachbargebiete in den Bundesstaaten Maharashtra, Madhya Pradesh und Orissa aus. Anfang der neunziger Jahre kam es zu Konflikten und Auseinandersetzungen innerhalb der PWG, nach denen "KS" 1991 aus dieser ausgeschlossen wurde.

Seine kürzlich erfolgte Haftentlassung wird offiziell mit seinem hohen Alter und seinem Gesundheitszustand begründet, doch verfolgt die neue Landesregierung in Andhra Pradesh unter Ministerpräsident N.T. Rama Rao auch einen neuen politischen Kurs gegenüber den Naxaliten, wobei sie möglicherweise auch auf den Einfluß des inzwischen gemäßigeren "KS" hofft. Rama Rao betrachtet die Naxaliten

nicht mehr als ein reines Sicherheits- und damit Polizeiproblem, sondern als sozio-ökonomisches. So hat die Landesregierung auch die Polizeiaktionen in den von Naxaliten dominierten Gebieten stark eingeschränkt und die sogenannten "encounter killings" von Extremisten durch die Polizei gestoppt. Ob jedoch "KS", der zwar weiterhin für eine "agrarisches Revolution" kämpfen möchte, seine radikalsten Positionen aufgegeben hat und die zersplitterte Naxalitenbewegung wieder einigen und damit die Hoffnungen der Regierung erfüllen kann, muß bezweifelt werden. Von der CPI (ML) als Abtrünniger und Überläufer zum Klassenfeind gebrandmarkt, gilt er vielen ehemaligen Kampfgenossen heute als verantwortlich für das "Scheitern der Revolution in Andhra Pradesh". Ob die Kader der PWG die moderaten Töne von "KS" wahrnimmt und gegebenenfalls auf das Friedensangebot Rama Raos reagiert, muß abgewartet werden.

'Impfung' gegen Schwangerschaft

Als vielversprechende Entwicklung wird in Indien die erfolgreiche Beendigung von klinischen Tests eines neuen Impfstoffes zur Schwangerschaftsverhütung gefeiert. Der 'Impfstoff', an 162 freiwilligen Frauen getestet, beeinträchtigt nach Angaben seiner Entwickler nicht den Menstruationszyklus. Seiner Entwicklung liegt "ein immunologischer Ansatz zur Lösung des Problems effektiver Empfängnisverhütung und Geburtenkontrolle zugrunde. Noch vor dem Ende dieses Jahrzehnts werden wir über einen oder zwei sichere Impfstoffe zur Schwangerschaftskontrolle verfügen", so der Leiter des Entwicklungsteams, G. P. Talwar. Bis zur Markteinführung sei es jedoch noch ein langer Weg.

Schulpflicht in Tamil Nadu

Tamil Nadu plant die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht für Kinder im Grundschulalter, das heißt, von sechs bis elf Jahren. Der schon im Mai vergangenen Jahres im Landesparlament eingebrachte Gesetzentwurf, der in Kürze als Gesetz in Kraft treten soll, zielt auf die Verminderung von Kinderarbeit ab. Das geplante Gesetz verpflichtet den Staat und die Eltern dafür zu sorgen, daß alle Kinder in der betreffenden Altersgruppe zur Schule gehen. Das Gesetz, das auf breite

Zustimmung
UNICEF
wird, läßt
Fragen
zung offer
die Identifi
nicht zur S

Ende der K

Die Zent
absichtigt
'Nationaler
gung von l
auftragt w
rung von
chen Indu:
zen. Für s
nächsten
von 8,5 M
hen, die v
Tamil Na
Andhra Pra
setzt werde
Kinder in
beschäftigt
Arbeitsmini:
dere Minis:
trieben und
der beschä
zielle Unter
währen.

Neue Pläne

Auf den
der 'United
velopment
geförderten
rung gefährl
rat (Bundes
end, plant c
nisterium
'Waste Mini
auf regionale
len Industri
Region Erfah
nen über wi
ente Abfallv
seitigungsstr:
Das von der
stützte 'Proj
örtlichen Tex
tionen über
tel austausch
führt, daß üb
che Chemika
setzt werden
die Unterneh
einen 'share
wickelt, der
möglichen so
Betrieben un
als Rohstoffe

Westbengalen
Umweltversch

Anfang Febr

Südasiens 3/95

Zustimmung stößt und auch von UNICEF als "Meilenstein" gelobt wird, läßt jedoch noch zahlreiche Fragen hinsichtlich seiner Umsetzung offen. Dabei geht es u.a. um die Identifizierung von Kindern, die nicht zur Schule gehen.

Ende der Kinderarbeit?

Die Zentralregierung in Delhi beabsichtigt die Einrichtung einer 'Nationalen Autorität zur Beseitigung von Kinderarbeit'. Sie soll beauftragt werden, Pläne zur Eliminierung von Kinderarbeit in gefährlichen Industriezweigen durchzusetzen. Für solche Pläne sind in den nächsten sechs Jahren Ausgaben von 8,5 Milliarden Rupien vorgesehen, die vor allem in den Staaten Tamil Nadu, Madhya Pradesh, Andhra Pradesh und Gujarat eingesetzt werden sollen, wo die meisten Kinder in gefährlichen Bereichen beschäftigt sind. Darüberhinaus hat Arbeitsminister P.A. Sangma andere Ministerien angewiesen, Betrieben und Unternehmen, die Kinder beschäftigen, keinerlei finanzielle Unterstützung mehr zu gewähren.

Neue Pläne zur Abfallvermeidung

Auf den Erfahrungen eines von der 'United Nations Industrial Development Organization' (UNIDO) geförderten Projektes zur Reduzierung gefährlicher Abfallstoffe in Surat (Bundesstaat Gujarat) aufbauend, plant das indische Umweltministerium die Einrichtung von 'Waste Minimisation Circle' (WMC) auf regionaler Basis. In diesen sollen Industrielle einer bestimmten Region Erfahrungen und Informationen über wirtschaftliche und effiziente Abfallverminderungs- und Beseitigungsstrategien austauschen. Das von der UNIDO in Surat unterstützte 'Project Desire', in dem die örtlichen Textilindustriellen Informationen über Textilien und Färbemittel austauschten, hat dort dazu geführt, daß über 75 äußerst gefährliche Chemikalien nicht mehr eingesetzt werden. Darüberhinaus haben die Unternehmer in dieser Region einen 'share the waste'-Plan entwickelt, der es Unternehmen ermöglichen soll, Abfälle aus anderen Betrieben und Produktionszweigen als Rohstoffe zu gebrauchen.

Westbengalen: Schwere Zeiten für Umweltverschmutzer?

Anfang Februar ordnete der Ober-

ste Gerichtshof in Delhi die Schließung von 30 Fabriken in Westbengalen an, da diese gegen geltende Umweltschutzrichtlinien verstießen. Trotz mehrerer Mahnungen und Verwarnungen in der Vergangenheit hätten die betreffenden Betriebe keinerlei Maßnahmen zur Erfüllung der gültigen Normen getroffen. Nicht nur für die betreffenden Unternehmen, zu denen so bekannte Namen wie 'Hindustan Lever', 'Brooke Bond Lipton India' und 'Birla Lipton' gehören, kam der Entschluß überraschend. Auch für die kommunistische Landesregierung unter Ministerpräsident Jyoti Basu bedeutet die Anordnung zur Schließung der Fabriken einen schweren Rückschlag, hatte sie doch erst kürzlich unter großem Publicity-Aufwand eine neue Industriepolitik für Westbengalen verkündet. Anfang Januar war es der Regierung gelungen, mit den in Kalkutta stattfindenden Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag der 'Confederation of Indian Industries' (CII) international für den Standort Westbengalen zu werben.

Die marxistische Landesregierung nutzte die Anwesenheit internationaler Politprominenz, wie den Premierminister Singapurs, die Außenminister Großbritanniens und Irans oder Vertreter internationaler Konzerne, wie Edzard Reuter, die Öffnung Westbengalens für private in- und ausländische Investitionen bekanntzugeben. Basu kündigte während der Konferenz an, die von der Regierung Rao eingeleitete Liberalisierungspolitik zu einer Wiederbelebung des Industriestandortes Westbengalens nutzen zu wollen. Unterstützt fühlte sich die Regierung durch ein Gutachten des internationalen Consulting-Unternehmens 'Arthur D. Little', in dem es heißt "Westbengalen ist die beste Wahl für Investitionen".

Nach der richterlichen Verfügung bemühen sich nun Basu und der Vorsitzende der 'West Bengal Industrial Development Corporation', Somnath Chatterjee, um Schadensbegrenzung. Auf einem Treffen der betroffenen Unternehmen wurde das Gericht um einen weiteren Aufschub gebeten, um Emissionschutzmaßnahmen ergreifen zu können. Das Gericht gewährte den Unternehmen einen dreimonatigen Aufschub, die Umweltschutznormen zu erfüllen. Nach Ablauf dieser Frist müßten sie mit Schließung rechnen oder pro Tag bis zu 5.000 Rupien Strafgebühren zahlen, bis den gesetzlichen Umweltauflagen

entsprochen werde.

Während die Unternehmen in der Öffentlichkeit nun ihren Willen demonstrieren, die Emissionen einzuschränken und das Ultimatum der Richter zu erfüllen, versuchen sie gleichzeitig, bei Arbeitern und Gewerkschaften mit dem Hinweis auf die Gefährdung von Arbeitsplätzen gegen die Auflagen Stimmung zu machen. Kommt es tatsächlich zu einer Schließung der 30 betroffenen Fabriken, würde dies den Verlust von über 33.000 Arbeitsplätzen bedeuten - ein für die Landesregierung und die Gewerkschaften untragbares politisches Risiko.

Nur wenige Tage nach seiner Anordnung zur Schließung der Unternehmen wies das Gericht die westbengalische Regierung außerdem an, den Standort von 550 Gerbereien aus dem Osten Kalkuttas zu verlagern und Maßnahmen gegen die von ihnen verursachte Wasserverschmutzung zu ergreifen. Die Regierung hat für die Standortverlagerung der Gerbereien in einen modernen, mit Klärwerken ausgestatteten Gerbereikomplex bis Mitte März Zeit. Die dadurch entstehenden Kosten von schätzungsweise 650 Millionen Rupien (etwa 32 Millionen DM) sollen nach Vorstellungen des Gerichts von den Gerbereibesitzern aufgebracht werden.

Umweltschützer und Aktivisten zweifeln jedoch an der Ernsthaftigkeit der Landesregierung bezüglich der Einhaltung von Umweltschutznormen - schließlich will die Regierung durch ein zu hartes Vorgehen oder mit - für die Unternehmen sehr kostspieligen - Umweltauflagen, keine potentiellen Investoren abschrecken.

"Gewerkschaftshochzeit"

Zwei der wichtigsten und größten indischen Gewerkschaften, der 'All India Trade Union Congress' (AITUC) und der 'Hind Mazdoor Sabha' (HMS) haben beschlossen, sich zu einem großen Verband zusammenzuschließen. Der neue Gewerkschaftsverband soll unabhängig und frei von allen Einflüssen politischer Parteien funktionieren, obwohl beide Gewerkschaften, wie in Indien üblich, starke Parteibindungen haben. So ist der AITUC die Gewerkschaftsorganisation der 'Communist Party of India' (CPI), während der HMS den indischen Sozialisten verbunden ist. Die Vereinigung der beiden Gewerkschaftsverbände sei durch die neue Wirtschaftspolitik notwendig ge-

worden. Es müsse verhindert werden, daß diese Politik auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werde.

Hinduchauvinistische Zerstörungswut sucht neue Ziele

Der Aufruf des Führers des 'Weltrat der Hindus' ('Vishnu Hindu Parishad', VHP), den 'Kashi Vishwanath' Tempel in Varanasi "zu befreien", versetzte die Landesregierung Uttar Pradesh in Alarmbereitschaft. Die VHP und ihre Verbündeten nutzten Ende Februar das Hindufestival 'Shivrati', um in Varanasi das politisch wohl erschöpfte Thema der Babri-Moschee in Ayodhya durch eine ähnliche Kampagne zu ersetzen, indem sie ihre Entschlossenheit verkündeten, die in unmittelbarer Nachbarschaft zum 'Kashi Vishwanath Tempel' gelegene Gyanvapi-Moschee zu übernehmen. Die während des Festivals üblichen Gebetsrituale tausender gläubiger Hindus fanden in diesem Jahr unter strenger Polizeiaufsicht statt. An der Rückseite der Moschee, an der die hinduistischen Pilger vorbeiziehen müssen, bezogen ganze Hundertschaften von Spezialeinheiten Position, um Übergriffe auf die Moschee zu verhindern. Obwohl die VHP im Januar wieder verboten wurde, unternahm die Polizei nichts gegen ihre in Varanasi anlässlich des Festivals anwesenden Führer, um jegliche Provokation ihrer Anhängerschaft zu vermeiden. "Diese Moschee muß eines Tages verschwinden", äußerte sich die BJP-Politikerin Uma Bharati und nährt damit Befürchtungen, in Varanasi könne es zu einer Wiederholung der Ereignisse von Ayodhya kommen.

Weber in Nöten

Wiederholt sich die Krise von 1991, als über 70 Weber verhungerten? Vor dieser Frage stehen die Betreiber der Handwebstühle in den Küstenregionen Andhra Pradesh angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen. Seit November 1993 haben sich die Preise für Garne mehr als verdoppelt, was vor allem auf deren Export zurückzuführen ist. Seit April 1994 haben 280 Betriebe mehr als 219 Millionen Kilogramm Garn in einem Gesamtwert von mehr als 23 Milliarden Rupien ins Ausland verkauft. Direkt betroffen davon sind die knapp 6.000 Rupien pro Jahr verdienenden Weber, deren 'Rohstoff' Garn sich da-

durch verteuert und knapper wird. In einigen Gebieten wurden schon Handwebstühle stillgelegt, in anderen hat sich der Lohn, der den Webern für die Herstellung eines Saris gezahlt wird, auf 25 Rupien reduziert. Um die Garnpreise zu senken, hat die Zentralregierung den zollfreien Import von zehn Millionen Kilogramm Baumwolle und 30.000 Tonnen Viskose genehmigt, die an die Weberkooperativen zu einem subventionierten Preis verteilt werden sollen. Da dieser Preis jedoch nur unwesentlich unter dem aktuellen Marktpreis für Garne liegt, ist mit einer kurzfristigen Verbesserung der Situation der Weber kaum zu rechnen, eher dürfte sich ihre Lage in nächster Zeit noch verschlechtern.

Kampf an allen Fronten im Badeparadies Goa

Goa und seine zahlreichen Bürgerinitiativen kämpften auch im vergangenen Jahr wieder an allen Fronten, um ihre landschaftlich reizvolle Landschaft zu erhalten. Der kleinste indische Bundesstaat gerät durch einen steigenden Massentourismus und neue Industrieanlagen immer stärker unter Druck - ausgelöst durch Habgier und den Wunsch nach schnellem Profit. Das südlich von Bombay gelegene Badeparadies wird jährlich von einer Million Touristen, davon rund 20 Prozent Ausländer, besucht. Die Einwohnerzahl beträgt 1,1 Millionen. Ständige Schlagzeilen machten unter anderem der Ausbau einer unerwünschten Eisenbahnlinie, die Goa von Nord nach Süd durchqueren und somit in zwei Hälften teilen soll, der Bau der Chemieanlage 'Nylon 6,6' des Multis DuPont, die Furcht vor dem umstrittenen Atomkraftwerk Kaiga, das im Nachbarstaat Karnataka nahe der Südgrenze Goas entsteht, und Berichte über einen Anstieg des Meeresspiegels.

Darüber hinaus wurden ständig Gesetzesübertretungen durch Neubauten am Strand bekannt sowie Pläne über zwei Dutzend weitere Luxushotels, die in Strandnähe errichtet werden sollen. Neue Apartmenthäuser mit Ferienwohnungen haben Hochkonjunktur. Der Baulobby scheint es sogar gelungen zu sein, den Ausbau von Bewässerungsprojekten in den fruchtbaren Landkreisen Salcete und Bardez zu stoppen, in die bereits Millionenbeträge investiert worden waren. Aber die Bauern wehren sich gegen den allgemeinen Trend, landwirt-

schaftliche Anbauflächen in Bauland und Betondschungel zu verwandeln.

Weniger bekannt ist, daß ein großer Teil des Hinterlandes von Goa seit Jahren durch offene Eisenerzminen völlig zerstört wird. Touristische Ausflüge beschränken sich auf die Küstengebiete. Das rohe Eisenerz wird hauptsächlich nach Fernost exportiert. Einer der Frachter strandete im vergangenen Jahr in einem tropischen Sturm und drohte über viele Tage, die Strände Goas durch auslaufendes Öl zu verseuchen. In weiten Teilen des Meeres war zuvor ein großes Fischsterben beobachtet worden, dessen Ursache bis heute ungeklärt ist. Einige Wissenschaftler glauben an Bakterien, andere an Kunstdünger aus der Landwirtschaft, der durch die Flüsse ins Meer geschwemmt wird. Ungeklärt ist ebenfalls, wie die neuen Vorschriften zum Schutz des Strandes, die in ganz Indien gelten, in Goa umgesetzt werden. Demnach kann ein Bundesstaat jedes Gebiet einfach als "städtische Zone" und somit als Bauland ausweisen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sich die Zone bis unmittelbar ans Wasser erstreckt. Bislang war das nicht möglich. Die neue Regelung kommt all jenen entgegen, die sich grundsätzlich über Vorschriften hinwegsetzen. Ein Luxushotel wurde denn auch gleich in unmittelbarer Strandnähe in Miramar erbaut, ohne Baugenehmigung. Die Behörden blieben - wie gehabt - stumm, denn der Besitzer ist einer der einflußreichsten Minenbesitzer.

Bislang verhindert werden konnten dagegen acht Golfplätze. Einige Dörfer haben Schilder aufgestellt, die Hoteliers den Zutritt zu verwehren. Eine starke Opposition kämpft auch gegen die Pläne der Regierung, Spielkasinos zuzulassen. Preiswerte Unterkünfte sind unverändert Mangelware. In der letzten Hochsaison an Weihnachten und Neujahr kamen so viele indische Besucher, daß der Verkehr fast zusammenbrach. Viele mußten am Strand, auf der Straße oder in ihren Autos übernachten.

Besonders auf die Barrikaden gingen die Goaner, als ein junger Mann während einer Demonstration gegen 'Nylon 6,6' von der Polizei erschossen wurde, und als es dem Kinderschänder Freddy Peat gelang, sich den Behörden nach einer Gerichtsverhandlung erneut gegen Kautionsentziehung zu entziehen. Offensichtlich weiß er seine vielfältigen Beziehungen zu nutzen. Der ältere staatenlose Mann, dessen Herkunft ungeklärt ist, war 1991 erstmals verhaftet

worden. In seinem vermeintlichen "Waisenhaus", in dem er kleine Jungen sexuell mißbrauchte, waren Drogen, Spritzen und tausende von eindeutigen Fotos gefunden worden, die er weltweit vertrieb, auch nach Deutschland und in die Schweiz. Nach der letzten Gerichtsverhandlung wäre er von aufgeführten Bürgerinnen und Bürgern fast gelyncht worden.

Pestnachlese: wo bleibt die Entwarnung

Die Aufregung wegen der Pest in Indien im vergangenen Jahr war groß. Sie erstreckte sich über den ganzen Erdball. Eine Entwarnung gab es indessen nie. Touristen und Geschäftsleute blieben verunsichert und oft genug ganz weg. Auch das Nachbarland Nepal, das häufig in Kombination mit Indien angeboten wird, erlebte deftige Einbrüche - ohne einen einzigen Pestkranken. In Indien gab es rund 5.300 Verdachtsfälle, von denen sich schließlich 264 bestätigten. 56 endeten offiziell tödlich. Daß es vielleicht mehr waren, kann man jedoch nicht ausschließen. Bis heute streiten sich Experten in Indien, ob es überhaupt die Pest war. Nach der Pest

im September/Okttober letzten Jahres machte die Malaria im westindischen Bundesstaat Rajasthan Schlagzeilen, ausgerechnet zum Zeitpunkt eines großen Kamelmarktfestes, das alljährlich zigtausende von Touristen anzieht. Nach einem überdurchschnittlich guten Monsunregen, der viele Wasserflächen und somit Brutstätten der Anopheles-Stechmücke hinterließ, erkrankten Tausende. Mehrere Hundert starben. Die Deutsche Presseagentur berichtete von 6.000 Toten. Wieder blieben die Besucher aus. Ohne die Toten und Kranken herunterspielen zu wollen: Wer nahm von den 500 Teepflückerinnen Kenntnis, die im Dezember 1994 im abgelegenen indischen Assam an starken Durchfällen starben? Oder von den 125 Kindern unter zehn Jahren, die zuvor im ostindischen Orissa von der Malaria dahingerafft wurden? Und wer von den Indienreisenden weiß, daß in Bombay monatlich 5.000 Malariafälle gemeldet werden und daß es in den anderen großen Touristenzentren wie Delhi und Madras oder überhaupt in der ganzen tropischen Welt nicht viel anders aussieht? Wer ist sich auf seinen Reisen über das Ausmaß der Gefahren, zum Beispiel durch Hepatitis, Tu-

berkulose, AIDS und Diphtherie (im früheren Ostblock) wirklich bewußt? Die globale diffuse Angst vor dem Schwarzen Tod ist verständlich. Die Pest rottete im Mittelalter ein Drittel der europäischen Bevölkerung aus, in Indien vor hundert Jahren zwölf Millionen Menschen. Die Übertragung durch Nagetiere und Flöhe ist unheimlich. Aber die durch unverantwortliche Medien geschürte Hysterie - auch in Indien selbst - erzeugte ein Bild, das in keinem Verhältnis mehr zur Realität stand. Zu Recht wurden die katastrophalen hygienischen Zustände in weiten Teilen Indiens angeprangert. Jedoch: die Pest gab es immer, nur konnte man nicht von Epidemien sprechen, und sie gibt es noch. Genaue Informationen kann man den Ansagediensten der Tropeninstitute in Berlin und München entnehmen. Die Telefonnummern für Asien sind 030/19723 bzw. 089/336755. In Düsseldorf gibt das 'Centrum für Reisemedizin', Oberrather Str. 10, 40472 Düsseldorf, gegen eine Gebühr von 15 DM (zzgl. 3,- DM Porto bzw. 5,- DM Faxgebühr) in Form von länderbezogenen 'Reisegesundheitsbriefen' genaue Auskunft (0211/904290, Fax: 9042-999).

Kooperation: Indien und Südafrika

von Klaus Voll

Südafrikas Präsident Nelson Mandela weilte kürzlich zu seinem ersten Staatsbesuch in Indien. Als Ehrengast nahm er zusammen mit Präsident Sharma und Premierminister Rao die große Parade zum Tag der Republik in New Delhi ab. Mandela und Rao unterzeichneten zwei Abkommen über Prinzipien zwischenstaatlicher Beziehungen und Zusammenarbeit sowie über eine gemeinsame Kommission. Die Außenminister vereinbarten regelmäßige Konsultationen. Die Intensivierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen stand im Mittelpunkt der Gespräche. Eine im Beisein Mandelas vorgestellte Studie des Wirtschaftsdachverbandes FICCI ('Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry') erwartet zum Ende des Jahrhunderts ein bilaterales Handelsvolumen von

vier Milliarden US-Dollar - eine sehr optimistische Prognose. Außerdem wurde das Konzept eines Handels- und Wirtschaftsblocks der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans mit einer Achse Indien, Mauritius, Südafrika und Australien erörtert. Indien soll südafrikanische Sicherheitskräfte, darunter auch ehemalige Guerillakämpfer, ausbilden und eine Zusammenarbeit der Rüstungsindustrien beider Länder ist keineswegs auszuschließen. Südafrika erhofft sich zudem indisches Know-How, so im kostengünstigen Wohnungsbau, bei Kleinindustrien und im Gesundheitswesen.

Indien kritisierte in der Vergangenheit als führende Macht des 'Non-Aligned Movement' (NAM) immer wieder das südafrikanische Apartheid-Regime. Die

Neuorientierung der indischen Außenpolitik nach dem Zerfall der Sowjetunion widmet dem geostrategischen Umfeld mit verbesserten Beziehungen zu China und dem Iran (hier jedoch mit erheblichen Irritationen) größere Aufmerksamkeit. Gute Beziehungen zu dem "nur durch den Indischen Ozean getrennten Nachbarn Südafrika" eröffnen Indien politische sowie wirtschafts- und handelspolitische Perspektiven. New Delhi ist sich bewußt, daß Pretoria Indien als eine wichtige Macht im internationalen System betrachtet. Die Tragfähigkeit eines in seinen Umrissen noch sehr undeutlichen 'Indian Ocean Rim'-Konzeptes ist gegenwärtig noch nicht erkennbar, eine Konferenz dazu wird in Mauritius stattfinden. Indische Afrika-Experten raten jedoch zur Vorsicht und fordern